
I. Arbeit, Bewußtsein, Bildungsarbeit

1. Vorerst kein „Ende der Arbeitsgesellschaft“

Ralf Dahrendorf nutzte den Soziologentag 1982 zur Verkündung des absehbaren „Endes der Arbeitsgesellschaft“. Nachdem er die Gewerkschaften sowohl für die zunehmende Arbeitslosigkeit verantwortlich gemacht als auch wegen ihrer Bemühungen um eine Vollbeschäftigung kritisiert hatte, deutete er „den Weg zu einer Gesellschaft der Tätigkeit“ als positive Alternative an (Dahrendorf 1983, 37). Auch die neokonservativen Theoretiker der „postindustriellen Gesellschaft“ beschreiben den sozialen Wandel in den Industriegesellschaften zugunsten des Dienstleistungsbereichs und der Freizeit als quasi-automatische positive Tendenz, die das Festhalten an Kategorien wie „Kapitalismus“ oder „ökonomische Basis“ sowie die genaue Betrachtung der Veränderungen der gesellschaftlichen Arbeit als antiquiert erscheinen läßt. So behauptet z.B. Daniel Bell, die Gesellschaft werde „primär nicht von der Wirtschaft, sondern von der Politik bestimmt“ und „die wichtigste Klasse“ setze sich „überwiegend aus Akademikern“, und zwar aus „Wissenschaftlern, Technologen, Verwaltungsexperten und Kulturschaffenden zusammen“ (Bell 1975, 265 f).

1.1 Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich

Hierzu zunächst fünf Feststellungen:

- 1) Es gibt nach wie vor eine strukturelle Dominanz und eine gesellschaftliche Hegemonie derjenigen, die Kapital besitzen oder darüber verfügen; dieser Tatbestand wird selbst durch den Flick-Skandal nur unzureichend erhellt.
- 2) Der erbitterte Widerstand der Unternehmer gegen durchgreifende Arbeitszeitverkürzungen verweist auf den fortbestehenden gesellschaftlichen Interessengegensatz, spricht gegen eine quasi-

automatische Entwicklungstendenz zur „Freizeitgesellschaft“ (Scheuch 1977, 152) und läßt die Gewerkschaften als einzig relevante Kraft erscheinen, die etwas zur Realisierung der „Gesellschaft der Tätigkeit“ unternimmt.

3) Die einschneidende staatliche Sparpolitik mit ihren fatalen Folgen vor allem im Sozial-, Bildungs- und Kulturbereich belegt die Abhängigkeit der politischen Gestaltungsspielräume von „der Wirtschaft“ sehr deutlich.

4) Bei aller Kritik der statistischen Kategorien muß man feststellen, daß 1983 auch in der Bundesrepublik die Mehrzahl der Erwerbstätigen im Dienstleistungsbereich beschäftigt ist (13 von 25 Millionen) und die Angestellten und Beamten mit 47 Prozent die größte Erwerbstätigen-gruppe darstellen (WSI 1984, Stat. Bundesamt 1983). Allerdings gibt es immer noch über 10 Mio. Arbeiter, und der Angestelltenstatus signalisiert nur begrenzt eine privilegierte Lebenssituation: 61 Prozent aller Haushalte verfügen über ein monatliches Nettoeinkommen von weniger als DM 2.500 (Stat. Bundesamt 1983).

5) In den westlichen Industrienationen hat sich trotz einer Arbeitslosenquote von ca. 10 Prozent in der Zeit von 1970 bis 1979 die Zahl der Arbeitsplätze erheblich vermehrt, und zwar von 299 auf 327 Mio. Dieses überraschende Ergebnis veranlaßte Joseph Huber zu der Feststellung: „Man mag dies bedauern oder begrüßen, über die 'Abschaffung der Arbeit' ebenso wie über das 'Ende der Industriegesellschaft' zu fabulieren, ist glatte Desinformation“ (Huber 1984, 170).

Es muß also um die skizzenhafte Analyse der Entwicklungstendenzen der Arbeit im Rahmen einer kapitalistischen Industriegesellschaft gehen, und das sowohl unter dem Aspekt der 'objektiven' Strukturen wie der 'subjektiven' Disposition der Individuen. Hierzu vier Thesen: 1) Die auf dem Dortmunder Soziologentag 1984 offen ausgetragene Kontroverse über die „Zukunft der Industriearbeit“ wurde von Horst Kern und Michael Schumann auf der Basis ihrer neuesten Studie mit einer überraschenden These eröffnet: Danach erfolgen die sich in den Kernbereichen der Industrie vollziehenden technischen und organisatorischen Veränderungen auf der Basis von unternehmerischen Produktionskonzepten, in denen der menschlichen Produktivitätskraft eine erhöhte Bedeutung zukommt und die durch die Betonung von Qualifikationen und Dispositionsmöglichkeiten sogar in die Richtung einer

Aufhebung von Arbeitsteilung tendieren. Diese sozial gesteuerten und nicht auf technologische Sachzwänge zurückgehenden Produktionskonzepte eröffnen positive Perspektiven und Einflußmöglichkeiten auf die Gestaltung der Arbeit für die Gruppe der Rationalisierungsgewinner; ihnen stehen im Kernbereich der Industrie aber in ihren Interessen bedrohte Rationalisierungsduldner gegenüber, und als Verlierer haben sowohl die Beschäftigten der Krisenbranchen wie die Arbeitslosen zu gelten (Kern/Schumann 1984, ähnlich Brandt 1981). Aber es gibt empirisch begründete Zweifel an der generellen Gültigkeit der optimistischen These von den Rationalisierungsgewinnern: Sie gilt möglicherweise nur für die Einführungsphasen neuer Systeme, bezieht sich nur auf eine sehr geringe Zahl von Arbeitnehmern und übersieht z.B. die Tendenzen zur „Mechanisierung der geistigen Arbeit“ (Bechmann u.a. 1979) durch den Computereinsatz, die schon zu kritischen Reaktionen von Ingenieuren geführt haben (Cooley 1978, Duhm u.a. 1983). In diesem Zusammenhang verdient auch der Aufbau und die Vernetzung von neuen inner- und außerbetrieblichen Kontroll- und Kommunikationstechnologien Beachtung.

Die Ansätze zur Flexibilisierung der Arbeitszeit und zur Verlagerung von Computer-Arbeitsplätzen in den häuslichen Bereich scheinen eher auf eine Intensivierung der Arbeit als auf eine relevante Arbeitszeitverkürzung hinauszulaufen.

Zum Thema „Arbeit und Technik“ belegen u.a. unsere Wertstudie (Schumann u.a. 1982), die Arbeiten der Gruppe um R. Becker-Schmidt über berufstätige Frauen (Becker-Schmidt 1984) und das Peiner Humanisierungsprojekt (W. Fricke u.a. 1981)

- daß man weder für alle Arbeitnehmergruppen noch in jeder Interessendimension von negativen Rationalisierungserfolgen, also von einer weiteren Differenzierung der Arbeit auszugehen hat und
- daß trotz aller Problematik der Arbeitssituation bei den Beschäftigten ein Interesse an der inhaltlichen Gestaltung der Arbeit und am Einbringen der eigenen Person vorhanden ist, so daß von einer ausschließlich „instrumentellen Arbeitsorientierung“ keine Rede sein kann.

2) Die durch hohe Exportquoten belegten Erfolge bundesdeutscher Unternehmen auf den Weltmärkten und der auch 1984 zu konstatierende große gesellschaftliche Reichtum basieren auf der Leistung von

25 Mio. Erwerbstätigen, die ihre Einkommen allein in der Zeit von 1965 bis 1978 verdreifachen konnten (Bischoff/Maldaner 1980, 187). Allerdings sind deutlich rückläufige bzw. negative Wachstumsraten der Gesamtwirtschaft (von 1975 auf 1970 nur 10 Prozent statt 36 Prozent von 1965 auf 1960) nicht zu übersehen.

Krisen und Rationalisierungstendenzen sowie die demographische Entwicklung hatten die Prognostizierung von ca. 4,5 Mio. Arbeitslosen für 1990 (IAB) zur Folge, was unter Einschluß der sogenannten stillen Reserve eine über 50-prozentige Steigerung gegenüber dem heutigen Stand bedeuten würde. Schon sprechen kritische Analytiker von der Zwei-Drittel-Gesellschaft der Habenden und konservative Sozialpolitiker denken über die Regierbarkeit der Republik bei 15 bis 20 Prozent dauerhaft ausgegrenzter und kaum noch unterstützter Menschen nach. Der gesellschaftliche Skandal der Arbeitslosigkeit u.a. von 660.000 Jugendlichen unter 25 Jahren, die einschneidenden psychischen und sozialen Folgen sowie die zunehmende Armut durch Ausgrenzung aus der Arbeitslosenunterstützung (Balsen u.a. 1983, WSI 1984) erfordern politische Lösungen, von denen eine in der radikalen Verkürzung der Arbeitszeit liegen müßte (Mayr/Janßen 1984). Arbeitslosigkeit und Armut sind keine Chance (Dahrendorf 1983), sondern ein individuell und gesellschaftlich ebenso trauriger wie bedrohlicher Zustand: vor allem die Arbeitslosen-Studien von Marie Jahoda belegen die zentrale Bedeutung der Arbeit für die menschliche Identität (Jahoda 1975, 1983) und neuere Untersuchungen über das Krisenbewußtsein der Beschäftigten signalisieren eine große Anfälligkeit für scheinbar plausible autoritär-nationalistische Krisenlösungsansätze (Bierbaum u.a. 1977, Einemann 1982, Zoll 1984).

3) Der technische Wandel und die erkämpften Arbeitszeitverkürzungen haben insgesamt kaum zu einem nennenswerten Abbau der mit der Erwerbsarbeit verbundenen Belastungen geführt. Die statistische Verringerung der durchschnittlichen jährlichen Arbeitszeit von 2.100 Std. im Jahre 1952 auf 1.600 Std. im Jahre 1983 und die Verlängerung des Urlaubs auf 29 Tage wurde z.B. begleitet von einer erheblichen Ausweitung der Schicht- und Wochenendarbeit und von längeren An- und Abfahrtswegen zur Arbeit. Die Intensivierung der Arbeit, die nach wie vor über 2 Mio. Arbeitsunfälle jährlich, immer wieder festgestellte gesundheitliche Störungen der Arbeitnehmer und die Tatsache,

daß über die Hälfte der Erwerbstätigen vor dem Erreichen des Rentenalters aus dem Produktionsprozeß ausscheidet, belegen u.a. die hohen Gesamtbelastungen der Arbeitnehmer, wobei die Grenze zwischen körperlichen und nervlichen Belastungen kaum zu ziehen ist.

4) Hohe Belastungen in der Arbeit, eine zumindest vage Vorstellung von den auf Basis des vorhandenen Reichtums gegebenen individuellen und gesellschaftlichen Möglichkeiten sowie die Duldung oder aktive Mitwirkung an der Produktion gesellschaftlicher Irrationalitäten haben bei relevanten Gruppen der Beschäftigten einen Wertewandel (Klages/Kmieciak 1979) eingeleitet, der jedoch nur begrenzt verhaltenswirksam wird bzw. werden kann. Die rücksichtslose Ausbeutung der menschlichen und natürlichen Ressourcen führt zu destruktiven Entwicklungen, die das menschliche Leben in Arbeit und Freizeit ernsthaft bedrohen. Immer mehr Menschen wird klar, daß sich diese Gesellschaft kaum länger den Luxus leisten können, z.B. 50 bis 80 Mrd. DM jährlich durch Umweltschäden, über 100 Mrd. DM durch die Arbeitslosigkeit, ca. 30 Mrd. DM für berufsbedingte Erkrankungen und 50 Mrd. DM für die Rüstung zu vergeuden. Die Ökologiebewegung, die Friedensbewegung und neue Aktivitäten der Arbeiterbewegung sind eine Ausdrucksform des durch die gesellschaftliche Entwicklung ausgelösten Wertewandels; ein anderer Ausdruck ist der sich zumindest in einigen Bevölkerungsgruppen ausbildende und von Opaschowski beschriebene „freizeitkulturelle Lebensstil“ (Opaschowski 1983, 69f), in den eine stärkere Orientierung auf das „Sein“ anstelle auf das „Haben“, um mit Erich Fromm zu sprechen (Fromm 1976), eingeht.

1.2 Entwicklungstendenzen im Freizeitbereich

Die Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich haben Konsequenzen für den Freizeitbereich, die wiederum auf den Sektor der Produktion zurückwirken. Außerdem sind relativ eigenständige Entwicklungen im Freizeit- und Kulturbereich zu analysieren.

1) Die identitätsbedrohenden Folgen der erzwungenen Freizeit für die Arbeitslosen erfordern eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit für alle Beschäftigten. Trotzdem behält die Arbeit ihren zentralen gesell-

schaftlichen Stellenwert; sie prägt und belastet den Menschen stärker, als statistische Zahlen zum Ausdruck bringen. So dürfen z.B. die Dauer der An- und Abfahrt zur Arbeit, die Folgen der Schichtarbeit und die statistisch kaum erfaßte Schwarzarbeit mit einem Volumen von ca. 40 Mrd. DM und 400.000 Arbeitsplätzen jährlich (Burgdorff 1983, 18) nicht vergessen werden. Bei aller Relativierung von wahrscheinlich zu optimistischen Zahlen kann aber eine Tendenz zur Zunahme der von Erwerbsarbeit freien Zeit festgestellt werden, die aufgrund der Einkommensverbesserungen unter Einsatz der privat verfügbaren Mittel genutzt wird. Nach Erhebungen von Opaschowski hat die nicht durch Schlafen, Essen, Anziehen und Arbeitswege gebundene täglich verfügbare freie Zeit von 2,5 Std. im Jahr 1952 auf 4,5 Std. im Jahr 1983 zugenommen; zugleich haben sich die jährlichen Ausgaben eines Haushaltes mit mittlerem Einkommen für Freizeitwecke allein von 1970 bis 1981 auf ca. DM 5.000 gesteigert und damit mehr als verdreifacht (Opaschowski 1983, 43, 48). Die umfangreiche Ausstattung der Privathaushalte mit technischen Geräten und der sinkende Ausgabenteil der Aufwendungen für das Lebensnotwendigste tragen zur Verbesserung der Freizeitmöglichkeiten bei und sind zugleich ein Beleg für die Bedeutung der „ökonomischen Basis“ der Gesellschaft. Allerdings hat die Expansion der Freizeitausgaben Rückwirkungen auf den Produktionsbereich. Man schätzt den Umsatz der Freizeit- und Kulturindustrie auf ca. 150 Mrd. DM jährlich (vgl. Spiegel 1983, 131) und die Zahl der in diesem Bereich Beschäftigten auf ca. 4 Mio. (Opaschowski 1983, 47). Auch wenn diese Zahlen als etwas zu hoch angesetzt erscheinen: Sie belegen unabweisbar nicht direkt vom Produktionsprozess abhängige, zahlungsfähige, millionenfache individuelle Entscheidungsmöglichkeiten mit erheblichen gesellschaftlichen Konsequenzen.

2) Die durch den technischen und organisatorischen Wandel eher verstärkte Tendenz zur Differenzierung der Arbeitssituationen sowie die Unterschiede in den Qualifikations- und Gehaltniveaus konstituieren — neben den alten „Klassenlinien“ — auch ein unterschiedliches Freizeitverhalten. So verschieden wie die Möglichkeit des Einbringens der eigenen Person in die Arbeit ist, so unterschiedlich ist auch die im Freizeitbereich durch eigene Aktivitäten erreichte Stabilisierung der Identität. Die „Kompensationsthese“ (z.B. Habermas 1958), nach der in der Freizeit ein Ersatz für die in der Arbeit unmögliche personelle Ent-

faltung gesucht und gefunden wird, erweist sich in beide Richtungen als unhaltbar. Zum einen kann das Theorem der ausschließlich „instrumentellen Arbeitsorientierung“, die die Arbeit nur unter dem Aspekt des Geldverdienens betrachtet, als empirisch und theoretisch widerlegt gelten; zum anderen belegen sozialstatistische und soziobiographische empirische Analysen eher eine Verlängerung der Arbeitserfahrungen in den Freizeitbereich. Schichtarbeiter kommen z.B. in ihrer Freizeit kaum über die Regeneration ihrer Kräfte hinaus: „Die tägliche Arbeit bestimmt auch dort die außerbetriebliche Lebensweise, wo man scheinbar frei von ihr ist“ (Schlösser 1981, 157). Darüber hinaus stellte das Göttinger SOFI fest: „Je weniger dagegen die Arbeit restringiert ist und somit subjektive Identifikation mit ihr gestattet, umso mehr wird auch die außerbetriebliche Zeit als Möglichkeit zur Entfaltung begriffen“ (Osterland 1975, 181). Bei der Ausübung von Ehrenämtern z.B. in Sportvereinen wurde eine deutliche Dominanz der höheren sozialen Schichten festgestellt (Bischoff/Maldaner 1980, 268), und unter den Funktionären von politischen Parteien sind Arbeiter kaum noch zu finden (für die SPD vgl. z.B. Raschke 1974).

3) Die Beschreibung von Ansätzen eines gesellschaftlichen Wertewandels, der u.a. sozialen und selbstbestimmten Aktivitäten eine erhöhte Bedeutung zuweist und für den Freizeitbereich als Herausbildung eines „freizeitkulturellen Lebensstils“ (Opaschowski 1983) charakterisiert wurde, darf nicht den Blick auf die dominanten Freizeitbeschäftigungen und ihre Folgen verstellen. Bei allen theoretischen, definitorischen und methodischen Problemen, auf die Nauck hingewiesen hat (Nauck 1983), bestätigt die Untersuchung der Freizeitaktivitäten die schon 1961 von Jürgen Habermas formulierte These vom „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ (Habermas 1962). 60 Prozent der „freien Stunden“ werden für den Konsum von Massenmedien (Fernsehen, Musikhören, Zeitungen und Bücher lesen) aufgebracht, und bei den regelmäßig oder häufig ausgeübten Aktivitäten sind das Fernsehen und das Lesen von Zeitungen und Zeitschriften bei über 75 Prozent der Befragten einsame Spitzenreiter (Spiegel 1983). Die Ausgaben für eher aktive Betätigungen im Do-it-Yourself-Bereich, für Sport und Gartenarbeit haben zwar hohe Steigerungsraten, ihr Anteil an den Freizeitstunden beläuft sich aber insgesamt lediglich auf ca. 15 Prozent (Opaschowski 1983, 48; Spiegel 1983). An dieser Situation hat

auch die herrschende Kulturpolitik nichts geändert: Während die traditionelle Kulturpolitik täglich maximal 500.000 Menschen erreicht, besitzen ca. 20 Mio. Bundesbürger ein Fernseh- und Radiogerät und die Tageszeitungen erreichen Auflagehöhen von über 20 Mio. Exemplaren (Bischoff/Maldaner 1982, 263). Den gut 4 Mrd. DM, die die öffentlichen Haushalte jährlich für den Kulturbereich ausweisen, standen 1983 Ausgaben der privaten Haushalte für Bildung und Unterhaltung in Höhe von 71 Mrd. DM gegenüber (Bischoff/Maldaner 1982, 240). Mit den neuen Medien und Kommunikationstechnologien droht eine weitere Verschärfung der mit der Form der einseitigen und von Großkonzernen gesteuerten Massenkommunikation verbundenen Probleme, die u.a. in der Verstärkung der Passivität, der Entpolitisierung und auch der Verbreitung reaktionären Gedankenguts zu sehen sind (vgl. z.B. Negt/Kluge 1972). Zu betonen ist allerdings, daß sich diese Entwicklung keineswegs als technologisches oder ökonomisches Zwangsgesetz durchsetzt, sondern sowohl politisch als auch durch das Verhalten des Einzelnen zu beeinflussen ist. Polemisch formuliert: Keiner der Millionen Menschen, die täglich die Bild-Zeitung kaufen, wird zu dieser Tat gezwungen; auch sind die Massenmedien nicht völlig immun gegen den Publikumsgeschmack, wie z.B. die wachsende Bedeutung ökologischer Themen selbst in den Unterhaltungszeitschriften verdeutlicht. Theoretisch ist durchaus vorstellbar, daß die Möglichkeiten zur Selbstbestimmung im Bereich der Nichtarbeit genutzt werden, zur Politisierung der Menschen führen und eine kritische Rückwirkung auf den Produktionsbereich zur Folge haben (Kern/Schumann 1973, 157 f; Bischoff/Maldaner 1980, 164, 278; Fricke u.a. 1981, 238). Dies wird aber nicht durch eine staatliche Kulturpolitik gefördert, die den größten Teil der verfügbaren Mittel zur Subvention der „Hochkultur“ (1,6 Mrd. DM für Theater und Oper) einsetzt, für Volkshochschulen nur ca. 300 Mio. DM über hat und dezentralen Initiativen kaum mehr als 50-60 Mio. DM zuweist (Bischoff/Maldaner 1982, 250 ff).

1.3 Politische und pädagogische Perspektiven

Man kann durchaus mit Adorno einen „Widerspruch zwischen der demokratischen Ordnung und dem tatsächlichen Bewußtsein derer, die durch die Verhältnisse nach wie vor zur Unmündigkeit verhalten sind“ (Adorno 1962, 66), konstatieren. Aber im Arbeits- wie im Freizeitbereich haben weder restriktive Arbeitsbedingungen noch die Freizeit- und Kulturindustrie eine völlige „Entmenschlichung“ des Menschen und eine Zerstörung der subjektiven Identitäten und Interessen erreicht. Es gibt sowohl im Bewußtsein als auch im Handeln der Menschen Anknüpfungspunkte für politische und pädagogische Ansätze, die auf eine Stärkung der Autonomie und Kompetenz der Persönlichkeit sowie des demokratischen Bewußtseins zielen und sich mit dem Etikett „emanzipatorisch“ kennzeichnen lassen. Menschen können befähigt werden, ihre Situation als gesellschaftliche zu analysieren, ihre Persönlichkeit zu entfalten und zur Durchsetzung ihrer Interessen sowohl ihr eigenes Verhalten als auch gesellschaftliche Verhältnisse zu ändern.

Die für solche Lernprozesse erforderlichen Kommunikationsstrukturen, von Habermas als „kritische Publizität“ (Habermas 1962, 294) und von Negt/Kluge als „proletarische Öffentlichkeit“ (Negt/Kluge 1972, 106) bezeichnet, lassen sich nicht über alternative große Apparate, sondern nur durch dezentral ansetzende Aktivitäten aufbauen (vgl. Adorno 1962, 65). Die Einleitung von Prozessen eines möglichst selbstbestimmten „lebenslangen Lernens“ als wesentliche Bedingung für Emanzipation gilt sowohl in der Erwachsenenbildung (Siebert 1972, Görs 1978) als auch in der kommunalen Kulturpolitik (Hoffmann 1974, 135) und in der Freizeitpädagogik (Opaschowski 1983, 140) als zentrales Ziel. Bildungs- und Emanzipationsprozesse der „einfachen“ Menschen in den Stadtteilen und Betrieben, die oft zugleich politische Prozesse sind, stellen eine wesentliche Rahmenbedingung für die gesellschaftlichen Veränderungen dar. Die Initiierung und Stabilisierung solcher längerfristigen Entwicklungen bedarf nach den bisherigen Erfahrungen trotz aller wünschenswerter Selbstorganisation der Moderation und Unterstützung durch externe und besonders ausgebildete Berater; Ivan Illichs beißende Kritik der „neuen Gattung von Selbsthilfeexperten“ (Illich 1983, 69) eröffnet kaum reale Perspektiven.

Prozesse der emanzipatorischen Bewußtseinsbildung können und müssen sowohl im Arbeits- wie im Nichtarbeitsbereich ansetzen, die Arbeitslosen ebenso wie die potentiell Arbeitslosen einbeziehen und so die Grundlagen für gesellschaftliche Veränderungsperspektiven legen, die auch den Produktionsbereich erfassen. Sowohl die konservative Idealisierung der „Freizeitgesellschaft“ als auch die von André Gorz artikulierte Bereitschaft, die Kernbereiche bürgerlicher Herrschaft weitgehend sich selbst zu überlassen und sich auf die Ausgestaltung der „autonomen Sphäre“ zu konzentrieren (Gorz 1980, 91 f), greifen zu kurz. Auch aus der Perspektive einer „emanzipierten Freizeit“ (Habermas 1970, 71) muß gerade aufgrund der beschriebenen Abhängigkeitsverhältnisse die Beziehung zwischen Arbeit und Freizeit neu diskutiert werden — eine Einsicht, die sich sowohl bei den Vertretern einer „kritischen Freizeitpädagogik“ (Opaschowski 1983) als auch bei deren fortschrittlichen Kritikern (Grabbe 1982) durchsetzt und zugleich ein zentraler Aspekt der Debatten um die „Zukunft der Arbeit“ (Benseler u.a. 1982) ist. In der Praxis erweisen sich eindeutig Zuweisungen zu der einen oder anderen „Sphäre“ ohnehin häufig als wenig hilfreich: So haben wir z.B. im Rahmen einer längerfristigen Bildungsarbeit vor allem unter Nutzung des jährlich einwöchigen Bildungsurlaubs dazu beigetragen, daß sich viele durch die Ökologie- und Friedensbewegung politisierte Arbeitnehmer in einem betrieblichen Arbeitskreis für eine alternative Produktion gemeinsam mit „traditionellen Gewerkschaftern“ für eine Umstellung der Rüstungsproduktion auf sozial nützliche Güter engagieren; dieser Arbeitskreis selbst hatte wiederum eine erhebliche Öffentlichkeitswirkung außerhalb des Betriebes und diskutiert alternative regionale Versorgungskonzepte für den außerbetrieblichen Lebensbereich. Ein langfristig geplantes Bildungsurlaubs-Seminar mit Werftarbeitern wurde aufgrund der Schließung einer Bremer Großwerft zur Weiterbildung von Arbeitslosen. Aufklärungsarbeit z.B. über krebserregende Arbeitsstoffe verweist zwangsläufig auf gesundheitsgefährdende Umweltprobleme und eine sowohl inner- wie außerbetriebliche Strategie zur Beseitigung z.B. von Asbest. Umweltschutzorientierte Aktivitäten in einzelnen Regionen oder im Wohnumfeld haben wie z.B. beim Dioxin in der Regel Konsequenzen für den Produktionsbereich.

Es kommt darauf an, gezielte Ansätze zur Verbesserung der Le-

benssituation und zur beruflichen, politischen und kulturellen Weiterbildung für diejenigen zu entwickeln, die als gesellschaftlich benachteiligt gelten: Das sind immer noch zumindest die ca. 10 Mio. Arbeiter, 2 Mio. Arbeitslosen und 2 Mio. Sozialhilfeempfänger, aber z.B. auch viele Frauen mit insbesondere kleinen Kindern. Skizzenhaft lassen sich weitere strategische Perspektiven andeuten:

1) Langfristig ist auch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine erhöhte „Zeitsouveränität“ des Einzelnen (Teriet 1977) erforderlich, zu deren Realisierung Joseph Huber aus einer „dualwirtschaftlichen Perspektive“ eine tägliche Arbeitszeit von 4 bis 5 Stunden, 5 bis 6 Stunden Haus- oder Konsumarbeit und 6 bis 7 Stunden Freizeit verlangt (Huber 1984, 220). Im Interesse einer Humanisierung der Arbeit scheint die Verlagerung von Freizeitkomponenten in die Arbeit selbst z.B. in Form von Pausen, weniger Arbeitshetze, Zeit für Weiterbildung und den Ausbau des Bildungsurlaubs geboten (Opaschowski 1983, 133f; Rinderspacher 1982, 190), die u.a. zur Umgestaltung von Arbeitsbedingungen und zur Entwicklung von technologischen Alternativkonzepten genutzt werden könnte.

2) Die sozial und ökologisch formulierte Kritik großtechnischer Systeme (z.B. Schumacher 1977, Weizenbaum 1977, Ullrich 1979) und der gesellschaftliche Wertewandel machen die Ausweitung der Eigenarbeit und den Aufbau von Kooperativen zu einer förderungswürdigen Aufgabe und erfordern den Umbau der industriellen Produktion.

3) Die Durchsetzung einer solidarischen Lebensweise und einer umfassenden Demokratisierung aller Lebensbereiche erfordert neben dem Abbau von Gewalt- und Herrschaftsstrukturen eine weitgehende Dezentralisierung von Ökonomie und Politik, ohne allerdings die positiven Errungenschaften einzelner „zentraler Systeme“ aufzugeben; das Telefonsystem oder die Existenz zentraler Versicherungskassen bilden z.B. gerade die Voraussetzung für notwendige dezentrale Kommunikationen und Selbsthilfeeinrichtungen. Die Demokratisierung im ökonomischen Bereich wird neben Mitbestimmungsstrukturen vom Arbeitsplatz bis in die Gesamtwirtschaft auch die Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien und Banken notwendig machen.

4) Die Beeinflussung der destruktiven Wirkungen neuer Kommunikationstechnologien wäre unter Ausnutzung der mit den neuen Technologien gegebenen Möglichkeiten vorstellbar: über die bekannten For-

men der Einbeziehung des Publikums hinaus könnten Stadtteil-Sender von interessierten Bürgergruppen genutzt und mit Hilfe des Rückkanals als Kommunikationsinstrument ausgebaut werden. Es besteht technologisch durchaus die Chance, so ein Stück Gegenöffentlichkeit und dezentrale Bildungs- und Kulturarbeit im Stadtteil zu realisieren (Müller u.a. 1980).

5) Zur Stärkung des demokratischen Bewußtseins und der Persönlichkeitsentwicklung muß auch die berufliche, vor allem aber die politische und kulturelle Bildung ausgeweitet werden. Dezentrale betriebs- und stadtteilbezogene Bildungs-, Freizeit- und Kulturaktivitäten mit einem Bezug zur Lebenssituation insbesondere der gesellschaftlich Benachteiligten verdienen eine wesentlich größer dimensionierte Förderung. Dabei kommt es vor allem auf die Initiierung von längerfristigen Lernprozessen mit einer Handlungsrelevanz an, die zur Humanisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse beiträgt.

2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise

Ein Ziel unserer Untersuchung über „Rationalisierung, Krise und Arbeiter“ auf den Werften (Schumann u.a. 1982) bestand darin, einen empirisch fundierten Beitrag zur Diskussion um das 'Krisenbewußtsein' der Arbeiter zu leisten. Die differenzierte Analyse der objektiven Krisenauswirkungen sowie der subjektiven Krisenwahrnehmung, Krisenanalyse und Krisenreaktion von Werftarbeitern sollte zur Klärung z.B. der Fragen nach der Einschätzung

- der mit der Krise verbundenen Interessenverletzungen und Gefährdungen
- der klassenspezifischen Verteilung von Krisenlasten
- der Veränderungen des Kräfteverhältnisses zwischen Arbeitnehmern und Unternehmern sowie des eigenen Anspruchsniveaus
- der Ursachen der Krisenentwicklung
- der Krisenlösungsmöglichkeiten, der eigenen Lösungsbeiträge sowie der Rolle von Betriebsrat, Gewerkschaft und Staat